Andreas Göttlich

GETEILTE MORAL

*Die westliche Wertegemeinschaft und
der Streit um den Dritten Golfkrieg*

campus

Andreas Göttlich, Dr. rer. soc., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Soziologie an der Universität Konstanz.

© Campus Verlag GmbH

Andreas Götlich

Geteilte Moral

Die westliche Wertegemeinschaft und der Streit um den
Dritten Golfkrieg

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-39666-8

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2012 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Dank	9
Einleitung	11
1. Forschungsdesign.....	15
1.1 Das empirische Feld	15
1.1.1 Die Irak-Debatte und ihr Gegenstand	15
1.1.2 Forschungsinteresse und Feldzuschnitt.....	18
1.1.3 Öffentlichkeit und moralische Selbstinszenierung.....	22
1.2 Erklärungsansatz	25
1.2.1 Erklärungsvarianten.....	26
1.2.2 Der wissenssoziologische Erklärungsansatz	31
1.3 Forschungsstand.....	34
1.3.1 Ideologiekritische Ansätze	35
1.3.2 Irrtumsunterstellungen.....	37
1.3.3 Exkurs: Die These vom westlichen Wertekonsens.....	39
1.3.4 Die Annahme eines Wertedissenses	41
1.3.5 Forschungsbedarf	44
1.4 Theoretische Rahmung	45
1.4.1 Realismus und Konstruktivismus	46
1.4.2 Kollektive Sinnzuschreibungen	50
1.4.3 Moralisches Urteil und Kognition	53
1.5 Struktur und Beschaffenheit des Datenmaterials.....	58
1.6 Methodik.....	63
1.7 Aufbau der Studie	70
2. Relevanzanalysen.....	73
2.1 Die Relevanztheorie von Schütz und Luckmann	75
2.2 Relevanzanalyse US-Regierung.....	81

2.2.1	Thematische Relevanzen	83
2.2.2	Auslegungsrelevanzen	84
2.2.3	Motivationsrelevanzen	94
2.2.4	Zusammenführung	98
2.3	Relevanzanalyse Britische Regierung	100
2.3.1	Thematische Relevanzen	101
2.3.2	Auslegungsrelevanzen	101
2.3.3	Motivationsrelevanzen	110
2.3.4	Zusammenführung	113
2.4	Relevanzanalyse Katholische Kirche	114
2.4.1	Thematische Relevanzen	115
2.4.2	Auslegungsrelevanzen	116
2.4.3	Motivationsrelevanzen	124
2.4.4	Zusammenführung	128
2.5	Relevanzanalyse Evangelische Kirche	129
2.5.1	Thematische Relevanzen	130
2.5.2	Auslegungsrelevanzen	130
2.5.3	Motivationsrelevanzen	141
2.5.4	Zusammenführung	142
2.6	Kontrastierung der Relevanzstrukturen	143
2.6.1	Allgemeine Rahmung des Auslegungsprozesses	144
2.6.2	Thematische Relevanzen	146
2.6.3	Auslegungsrelevanzen	146
2.6.4	Motivationsrelevanzen	156
2.6.5	Das moralische Urteil	158
2.7	Resümee	160
2.7.1	Zwischenbetrachtung	160
2.7.2	Fazit und Ausblick	163
3.	Hermeneutische Analysen	167
3.1	Argumentationsstrategien der US-Regierung	169
3.1.1	Kritik der theoretischen Kritik	169
3.1.2	Die Fügung in den Weltenlauf	176
3.1.3	Die Adressierung zweier Publika	180
3.1.4	Fazit	184
3.2	Argumentationsstrategien der Britischen Regierung	185

3.2.1	Kairos.....	185
3.2.2	Die Vermessung der Moral.....	189
3.2.3	Das Scheitern der Perspektivenübernahme.....	194
3.2.4	Fazit.....	199
3.3	Argumentationsstrategien der Katholischen Kirche.....	200
3.3.1	Die Aufhebung der Perspektiven im Willen Gottes.....	200
3.3.2	Moralische Deduktion.....	207
3.3.3	Religiöses Gefühl und Humanismus.....	212
3.3.4	Fazit.....	219
3.4	Argumentationsstrategien der Evangelischen Kirche.....	220
3.4.1	Jenseits der Politik.....	220
3.4.2	Immanenz und Transzendenz.....	226
3.4.3	»Gott ist den Leidenden nahe«.....	231
3.4.4	Fazit.....	239
3.5	Fazit und Ausblick.....	240
4.	Theoriebildung.....	247
4.1	Theoretische Verdichtung.....	248
4.1.1	Das Handlungsproblem revisited.....	248
4.1.2	Lösungsstrategien.....	253
4.2	Diskurs und sozialer Standort.....	262
4.2.1	Der Standort der Politik.....	263
4.2.2	Der Standort der Kirchen.....	288
4.2.3	Fazit.....	308
4.3	Perspektivengebundenheit und Universalisierungsgebot.....	317
4.3.1	Der Ansatz.....	318
4.3.2	Das Grundproblem.....	322
4.3.3	Der empirische Fall.....	326
4.3.4	Die Alternative.....	336
4.3.5	Eine offene Frage.....	339
4.3.6	Konkreter und verallgemeinerter Anderer.....	342
	Schlussbetrachtung.....	347
	Datenkorpus.....	357
	Literaturverzeichnis.....	359

Dank

Dank für ihr aktives Mitwirken an der Entstehung dieses Buches gebührt in erster Linie den wechselnden Mitgliedern des Konstanzer Arbeitskreises »Hermeneutik«, in dessen Rahmen ein bedeutender Teil der in Kapitel 3 vorgelegten Sequenzanalysen erarbeitet wurde – allen voran Regine Herbrik, Thorsten Berndt, Michael Walter und Tobias Röhl. Wertvolle Anregungen verdankt das Werk weiterhin den Teilnehmern der Forschungskolloquien von Hans-Georg Soeffner an der Universität Konstanz, in denen das Projekt mehrfach diskutiert wurde. Hans-Georg Soeffner und Ronald Kurt danke ich für wichtige Kritik und Verbesserungsvorschläge, Bernd Schüler und Michael Walter für ein ebenso genaues wie fachkundiges Lektorat und Korrektorat.

Einleitung

Am 20. März 2003 begann mit dem Angriff alliierter Truppen auf den Irak der Dritte Golfkrieg – ein Ereignis von geopolitischer Bedeutung, dessen Nachwirkungen bis zum heutigen Tag andauern. Der militärische Konflikt war Folge einer politischen Auseinandersetzung, die sich an der vermuteten Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak entzündet hatte, mit denen der dortige Machthaber Saddam Hussein seine Nachbarstaaten hätte bedrohen können. War diese Angelegenheit über mehrere Jahre Gegenstand zahlreicher Debatten im UN-Sicherheitsrat, so ging die Initiative zu einem militärischen Vorgehen gegen den Irak von der damaligen US-Regierung unter Präsident George W. Bush aus, die von einer Gefährdung der eigenen Nation beziehungsweise des Westens im Gesamten ausging, insofern nachrichtendienstliche Informationen angeblich auf eine Verbindung hinwiesen zwischen der Hussein-Regierung und islamistischen Terrorgruppen, die in den Jahren zuvor verschiedentlich US-amerikanische Ziele attackiert hatten. Der Krieg endete nach nur wenigen Wochen mit einer Niederlage des Irak, Saddam Hussein wurde gestürzt und an seiner Stelle eine Übergangsregierung installiert. Diese wurde zu Beginn des Jahres 2005 von einer vom irakischen Volk gewählten Regierung abgelöst, später im gleichen Jahr erhielt das Land eine demokratische Verfassung. Die Besatzung gilt seit Juni 2004 offiziell als beendet; die letzten US-Kampftruppen verließen indes erst Ende des Jahres 2012 den Irak.

Aufgrund seiner Bedeutung bleibt der Dritte Golfkrieg auch Jahre nach seiner Beendigung Gegenstand öffentlicher Debatten, vor allen Dingen im Bereich der Politik. In der jüngeren Vergangenheit boten etwa der US-amerikanische Präsidentschaftswahlkampf (2008) oder der deutsche Bundestagswahlkampf (2009) Anlässe zur Thematisierung seiner Folgen. Doch auch in der wissenschaftlichen Diskussion war und ist der Irak-Krieg Gegenstand zahlreicher Untersuchungen, fächerübergreifend über verschiedene Disziplinen hinweg. Dementsprechend facettenreich gestaltet sich die

wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema, zu der die vorliegende Studie ihren Beitrag leisten möchte.

Angesichts dieser bereits bestehenden Forschungsarbeiten mag der Leser fragen: Weshalb eine weitere Untersuchung des Dritten Golfkrieges? Die Antwort liegt im spezifischen Erkenntnisinteresse, das mit einem bestimmten Erklärungsansatz verknüpft ist. Die Studie beschäftigt sich nicht mit dem Krieg als solchem, sondern mit dem im Westen geführten Diskurs über den Militäreinsatz, und sie greift hierbei ein einzelnes Moment heraus: die Frage nach der moralischen Legitimität. Die entsprechende Debatte fand in den Wochen und Monaten vor Kriegsbeginn beziehungsweise in der Zeit kurz danach ihren Höhepunkt und bleibt bis heute unentschieden. Zwischen den westlichen Nationen, aber auch innerhalb derselben besteht nach wie vor kein Konsens über die Frage, ob der Angriff auf den Irak moralisch gerechtfertigt war oder nicht. Dies ist insofern bemerkenswert, als sich »der Westen« vor allem anderen als eine Wertegemeinschaft versteht, insofern er also seine Zusammengehörigkeit von einer geteilten Menge von Wertvorstellungen herleitet. Wie ist es angesichts dessen zu erklären, dass innerhalb der sogenannten »westlichen Wertegemeinschaft« ein und dasselbe Ereignis mit Bezug auf seine moralische Dimension diametral entgegengesetzt beurteilt wurde?

Das Forschungsziel besteht darin, eine Erklärung für den anhaltenden Widerspruch zwischen Befürwortern und Gegnern des Irak-Krieges zu finden. Hierbei setzt sich die Studie in zweierlei Hinsicht von der Mehrzahl der bestehenden Arbeiten ab: Sie intendiert erstens keine eigene Antwort auf die Frage, ob der militärische Einsatz im Irak moralisch legitim war oder nicht, sondern sie will die Antworten, die in der politischen Realität gegeben wurden, deskriptiv erfassen sowie wissenschaftlich erklären. Im Hinblick auf letzteren Anspruch ist die Grundannahme forschungsleitend, dass der Gegensatz zwischen den kontroversen Beurteilungen auf soziale Faktoren zurückzuführen ist, welche zwischen Kriegsgegnern und -befürwortern differieren und die Urteilsfindung maßgeblich beeinflussten. Somit nimmt die Arbeit zweitens einen spezifisch wissenssoziologischen Blickwinkel ein, indem sie die im Zuge der Legitimationsdebatte angeführten Argumentationen und Sichtweisen in Abhängigkeit vom sozialen Standort ihrer Träger untersucht. Hiermit verbindet sich die zusätzliche Annahme, dass moralische Urteile in der sozialen Praxis stets mit nichtmoralischen Momenten verknüpft sind und nur in dieser Verflochtenheit angemessen erklärt werden können. In der Kombination setzen der ausdrückliche Ver-

zicht auf eine wertende Stellungnahme sowie der wissenssoziologische Erklärungsansatz die vorliegende Studie vom Mainstream der vorhandenen Literatur zum Thema ab.

Fällt die Studie vom verfolgten Theorieansatz her in die wissenssoziologische Disziplin, so ist sie angesichts ihres Gegenstands vorderhand dem Bereich der Moralsoziologie zuzuordnen. Aufgrund des Umstandes, dass im Zuge der empirischen Auswertung gezielt Akteursgruppen aus Politik und Religion betrachtet werden, betreffen ihre Ergebnisse ferner die Politische Soziologie sowie die Religionssoziologie. Zugleich ist die interdisziplinäre Bedeutung der Studie hervorzuheben, die im dargelegten Erklärungsansatz begründet liegt und sich darin äußert, dass die Aussagen den Anspruch besitzen, für verschiedene wissenschaftliche Teilbereiche anschlussfähig zu sein. Dies betrifft in erster Linie die Politikwissenschaft und die Moralphilosophie.

Obwohl die Arbeit, wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, der These eines westlichen Wertekonsenses gegenüber skeptisch eingestellt ist, setzt sie dennoch bei einem gemeinsamen Ausgangspunkt sämtlicher Diskursteilnehmer an. Das Universalisierungsprinzip verlangte es, bei der moralischen Beurteilung des Krieges nicht bloß den Standpunkt des Westens, sondern auch denjenigen des Irak zu berücksichtigen. Alle Diskursteilnehmer mussten Stellung zu der Frage nehmen, ob der Militäreinsatz die Interessen des irakischen Volkes in angemessener Weise einbezieht, das heißt derjenigen Gruppe, die von den Folgen am stärksten betroffen war. Angesichts dieser Überlegung legt die Studie besonderen Wert auf die Rekonstruktion der Argumentationsstrategien, mittels derer versucht wurde, die Position pro oder contra Krieg als universalisierbar darzustellen. Diese Strategien flottieren nicht im freien Raum, sondern sie stehen im Zusammenhang mit dem jeweiligen sozialen Standort des Argumentierenden, der wiederum zu einem hohen Ausmaß mitbestimmt, welche Aspekte als diskussionsrelevant erachtet wurden. Auf die Erfassung dieser Relevanzen legt die empirische Analyse daher ihr zweites Augenmerk. Gemäß diesem Interesse an Sinnzusammenhängen folgt die Untersuchung einer qualitativ-empirischen Ausrichtung. Anstelle mit dem »Fernglas« eine auf Distanz gebrachte Gesamtheit zu betrachten, werden mit Hilfe der »Lupe« Ausschnitte einer näheren Untersuchung unterzogen. Diese zum Zwecke der empirischen Analyse stattfindende Konzentration auf Detailmomente wird durch die Einbettung der Auswertungsergebnisse in den soziologi-

schen Theoriediskurs ergänzt, um ein aussagekräftiges sowie verallgemeinerungsfähiges Resultat zu erhalten.

Der Aufbau der Arbeit gestaltet sich folgendermaßen: In einem ersten Hauptkapitel wird das Forschungsdesign der Studie vorgestellt. Dies umfasst die Präzisierung der Forschungsfrage, die Festlegung des zu untersuchenden Phänomenbereichs, die Diskussion des Erklärungsansatzes, die Sichtung der bestehenden Forschungsliteratur, die Erläuterung des Begriffsrahmens, die Vorstellung des Datenmaterials sowie die Beschreibung der Forschungsmethode. Die beiden anschließenden Kapitel versammeln die Ergebnisse der empirischen Auswertung. Im Zuge von Relevanzanalysen wird zunächst der diskursive Horizont eines jeden Diskursteilnehmers rekonstruiert: Welche thematischen Aspekte der Situation nimmt er in den Blick, welche Wissensbestände nimmt er bei deren Deutung in Anspruch und welche Motive leiten ihn hierbei? Wie die Analyse zeigt, treten diesbezüglich zwischen den einzelnen Akteuren teils erhebliche Differenzen auf. Anschließend durchleuchten hermeneutische Interpretationen repräsentative Argumentationsstrategien der Akteure. Die Zusammenführung der Ergebnisse von Relevanz- wie hermeneutischen Analysen bereitet im abschließenden Kapitel die Theoriebildung vor. Sie besteht im Wesentlichen aus der Korrelierung von Diskursführung und sozialem Standort, indem für jeden Akteur sozialstrukturelle Merkmale herausgearbeitet werden, vor deren Hintergrund die Positionierung zur Moralfrage erklärbar wird.¹

¹ Schließlich ist auf zwei Darstellungsaspekte einzugehen. Erstens sind die meisten der bestimmenden Figuren der untersuchten Debatte heute nicht mehr im Amt. Der besseren Lesbarkeit halber verzichte ich darauf, durch Beifügungen wie »Ex-«, »ehemalig« oder ähnliches jeweils gesondert auf diesen Umstand hinzuweisen. Zweitens finden sich im Text Zitate aus den gesammelten Daten, die in Klammern durch Angabe eines Kürzels belegt werden. Ausführlichere Angaben zu den zitierten Dokumenten finden sich in einer Auflistung am Ende des Buches (Datenkorpus).

1. Forschungsdesign

Untersuchungen komplexer sozialer Phänomene können grundsätzlich sehr unterschiedliche Formen annehmen, je nachdem welche Forschungsinstrumente man anwendet, welche Hypothesen einfließen und welche Aspekte des Untersuchungsobjekts betont werden. Vor der Durchführung der Analyse gilt es daher, das Forschungsdesign festzulegen, wie es sich am wissenschaftlichen Interesse zu orientieren hat, das heißt hier an der Frage: Wie lässt sich die in der westlichen Debatte zu beobachtende gegensätzliche moralische Bewertung des Militäreinsatzes im Irak erklären? Demgemäß werde ich in diesem Kapitel zunächst das Phänomen beschreiben, auf welches sich die Fragestellung bezieht, wie auch die auf das spezifische Forschungsinteresse abgestimmte Zuschneidung des empirischen Feldes (1.1). Anschließend stelle ich dessen spezifische Fokussierung vor, das bedeutet den Erklärungsansatz sowie die Grundthese, aufgrund derer die Forschungsfrage beantwortet werden soll (1.2). Auf dieser Basis geschieht die Besprechung des Forschungsstandes und daraus abgeleitet des Forschungsbedarfs (1.3). Hierauf folgt die Darstellung der theoretischen Rahmung, in der für die Studie zentrale Begriffskonzepte geklärt werden (1.4). Nach Ausführungen zum Datenmaterial (1.5) und zur Methodik (1.6) steht abschließend eine Übersicht über den Aufbau der Studie (1.7).

1.1 Das empirische Feld

1.1.1 Die Irak-Debatte und ihr Gegenstand

Chronologische Darstellungen der Ereignisse, welche zum Dritten Golfkrieg führten, beginnen gemeinhin mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center sowie das Pentagon. Mit diesen Anschlägen rückten der Nahe und Mittlere Osten verstärkt in den

Blickpunkt US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik, insofern die Attentäter aus diesem Teil der Erde stammten und von dort weitere Bedrohungen erwartet wurden. Die US-Regierung reagierte neben dem militärischen Angriff auf Afghanistan im Oktober 2001, dessen damaliges Taliban-Regime als Unterstützer des Terrornetzwerks Al Kaida galt, das sich zu den Anschlägen bekannt hatte, mit grundlegenden Veränderungen der politischen Agenda. Als Bestandteil einer neuen »Nationalen Sicherheitsstrategie« (NSS), auch als Bush-Doktrin bezeichnet, wurde im September 2002 der sogenannte »pre-emptive strike« zum legitimen außenpolitischen Handlungsmittel deklariert.²

Die Nationale Sicherheitsstrategie der republikanischen US-Regierung wurde in der internationalen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Umstritten war vor allem der erste Fall ihrer konkreten Umsetzung, das heißt der Irak-Krieg. Der Irak stand seit dem Zweiten Golfkrieg im Jahre 1991 unter besonderer Beobachtung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und musste sich internationalen Waffeninspektionen unterziehen, die 1998 ein abruptes Ende fanden, als die irakische Regierung unter Präsident Saddam Hussein die Inspektoren unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit des Landes verwies. Dieses Vorgehen nährte den Verdacht, der Irak plane die umfassende Produktion von Massenvernichtungswaffen, mit denen er die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens bedrohen könnte. Hinzu kam nach dem 11. September 2001 das vor allem seitens der US-Regierung perhorreszierte Szenario einer Verbindung zwischen irakischer Regierung und islamistischem Terrorismus, aus dem eine mögliche Bedrohung für den Westen abgeleitet wurde. Angesichts dieser Situationswahrnehmung wurde auf verschiedensten Ebenen intensiv über die Frage diskutiert, wie den befürchteten Entwicklungen vorzubeugen sei. Wirtschaftssanktionen gegen den Irak fanden allgemein Unterstützung, doch wurde auch das Mittel eines militärischen Eingreifens in Betracht gezogen. Der UN-Sicherheitsrat erließ im November 2002 die Resolution 1441, die den Irak zur Offenlegung seiner Waffenprogramme verpflichtete und von der dor-

² Demnach darf ein Staat, von dem eine potentielle Bedrohung für die eigene Nation ausgeht, mit militärischen Mitteln angegriffen werden, noch bevor er selbst angreift. Im Gegensatz zum Präventivschlag muss für einen »pre-emptive strike« die Voraussetzung erfüllt sein, dass der angenommene Angriff auf die eigene Nation unmittelbar bevorsteht, das heißt, der eigene Militärschlag geschieht – so die Theorie – *nach* der Angriffsentscheidung des Gegners, allerdings *bevor* dieser seine Absicht in die Tat umzusetzen vermag. Für nähere Ausführungen zur NSS vgl. Barber 2003: 83ff.; Hilger 2005; Wille 2006; Kuang 2005.

tigen Regierung akzeptiert wurde, sodass den internationalen Inspektoren wieder Zugang ins Land gewährt wurde. Deren erste Berichte konnten indes die Existenz von Massenvernichtungswaffen weder bestätigen noch ausschließen, während speziell die US-Regierung trotz der Öffnung Verstöße des Irak gegen die UN-Resolution erkannte und hierfür der Weltöffentlichkeit vermeintliche Beweise präsentierte, die auf eigenen Geheimdienstkenntnissen beruhten. US-Präsident George W. Bush leitete hieraus die Legitimität eines militärischen Angriffs ab und führte am 20. März 2003 – ohne entsprechende UN-Resolution – die sogenannte »Koalition der Willigen«, an deren Spitze neben den USA Großbritannien stand, in einen Krieg gegen den Irak. Dieser führte zu einem raschen Sieg der Angreifer und damit zur Absetzung der Regierung Saddam Husseins. Das Land wurde in Besatzungszonen unterteilt und es wurde eine Interimsregierung installiert.³

Nachdem der Krieg am 1. Mai 2003 von US-Präsident Bush offiziell für beendet erklärt worden war, konnten im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden, wie im »Carnegie-Report« im Januar 2004 offiziell konstatiert wurde. Auch existieren bis heute keinerlei Belege für eine Verbindung zwischen dem abgesetzten Hussein-Regime und islamistischen Terrorgruppen. Die Kriegsgründe der Angreifer schienen sich damit im Nachhinein als falsch herausgestellt zu haben. Durch das Auftauchen des sogenannten »Downing Street Memo« im Jahre 2005, eines internen Dokuments der britischen Regierung, aus dem hervorgeht, dass die Invasion des Irak von langer Hand geplant gewesen sei und keine Reaktion auf das Verhalten der irakischen Regierung darstellte, sahen sich diejenigen bestätigt, welche diese Gründe von Anfang an für vorgeschoben gehalten hatten. Die Echtheit dieses Dokuments wurde zwar von offizieller Seite geleugnet, ungeachtet dessen haben sich jedoch verantwortliche Politiker sowohl der US- als auch der britischen Regierung mittlerweile von Teilen ihrer früheren Darstellungen distanziert. Allerdings hat sie das nicht dazu bewogen, die ursprüngliche Behauptung der Legitimität des Krieges zurückzunehmen.⁴

3 Ausführliche Darstellungen der Ereignisse um den Dritten Golfkrieg finden sich etwa in Aust/Schnibben 2003; Hilger 2005: 90ff.; Kleber 2006: 77ff.

4 Die veränderte Beweislage nach dem Krieg bedeutete für dessen Befürworter zwar ein Problem, wie dies etwa Philip Smith thematisiert. Er kommt indes zu dem Schluss: »It would be misleading to say that in the United States the once-prevalent apocalyptic reading came to be falsified in any clear sense. Advocates remained for this position, insisting that sooner or later Iraq and terror would have gotten together – or contending

1.1.2 Forschungsinteresse und Feldzuschnitt

Die juristisch geprägte Debatte im UN-Sicherheitsrat, bei der es vornehmlich um die korrekte Auslegung der Resolution 1441 ging, wurde von einer Diskussion in der Weltöffentlichkeit begleitet, in der die Frage nach der moralischen Legitimität des militärischen Vorgehens eine wichtige Rolle spielte. An ihr beteiligten sich verschiedenste Einzelpersonen, Gruppierungen und Institutionen, unter anderem auch die bereits erwähnten Regierungen der USA und Großbritanniens. Letztere vertraten den Standpunkt, der Angriff auf den Irak sei nicht bloß politisch, sondern auch moralisch gerechtfertigt, während andere Kräfte aus Gesellschaft und Politik den Krieg moralisch verurteilten. Für diesen bis heute anhaltenden Dissens in der moralischen Beurteilung des Dritten Golfkrieges sucht die vorliegende Studie nach einer Erklärung. Im Fokus steht mithin das Moment der Moral, doch betrachtet die spezifische Herangehensweise dieser Arbeit dieses Moment in Verbindung mit anderen Aspekten, wie sie von sämtlichen Teilnehmern an der Debatte in je spezifischer Art und Weise in ihre Argumentationen einbezogen wurden. Das zugrunde gelegte Erklärungsmodell berücksichtigt mithin nichtmoralische Aspekte (vgl. 1.2).

Aus den Lagern der Kriegsbefürworter und -gegner greift die Studie gezielt einzelne Gruppierungen heraus. Dabei handelt es sich um politische und um kirchliche Akteure: einerseits um die US-amerikanische Regierung unter Präsident George W. Bush und die britische Regierung unter Premierminister Tony Blair als Initiatoren sowie Befürworter des Militäreinsatzes,⁵ andererseits um die Katholische und die Evangelische Kirche in Deutschland als Gegner des Krieges. Sie repräsentieren gegensätzliche Argumentationsfiguren, mittels derer versucht wurde, den Angriff auf den Irak moralisch zu legitimieren beziehungsweise zu delegitimieren. Die von den aufgeführten politischen Kräften verwendete Figur wird in der Fachliteratur häufig als »Militärischer Humanismus« (vgl. Chomsky 2000; Beck 1999) bezeichnet, womit die Grundintention zum Ausdruck gebracht werden soll, wonach es erlaubt ist, humanistische Werte mit militärischen

that they already had in secret – and pointing to missing quantities of WMD [weapons of mass destruction; A. G.] from the early 1990s« (2005: 178f.).

5 Eine Folge dieser Zuschneidung ist, dass im empirischen Teil der Studie mit der Rede von *der* Politik durchgehend die genannten Regierungen gemeint sind. Selbstredend gab es sowohl in den USA und in Großbritannien politische Kräfte, die sich gegen den Krieg aussprachen. Sie werden hier aber nicht empirisch untersucht.

Mitteln zu verteidigen beziehungsweise durchzusetzen.⁶ Auch die Schlagworte von der »humanitären Intervention« oder vom »moralischen Interventionismus« fallen in dieses Paradigma. Die genannten Kirchen rekurren in ihrer Argumentation vornehmlich auf das Gebot der »Christlichen Nächstenliebe«, das im Matthäus-Evangelium (22, 37–40) neben dem Gebot der Gottesliebe als eines der beiden Grundelemente christlicher Ethik herausgestellt wird. Es findet sich an verschiedenen Stellen der Bibel und besagt, dass der gläubige Christ seinen Mitmenschen mit der gleichen Haltung begegnen soll wie sich selbst. Seine bekannteste Formulierung findet sich im 3. Buch Mose (19, 18): »Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.«⁷

Diese Zuschneidung des empirischen Feldes folgt sowohl methodischen als auch theoretischen Überlegungen, da sie sowohl eine maximale Kontrastierung zwischen den Lagern als auch einen Vergleich innerhalb derselben erlaubt und zudem mit der Heranziehung unterschiedlicher soziokultureller Hintergründe dem wissenssoziologischen Erklärungsansatz Rechnung trägt (vgl. 1.2).⁸ Mit der Fokussierung der genannten Akteure verbindet sich keineswegs die These, die gewählte Konstellation stünde repräsentativ für die Kontroverse zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern im Gesamten. Die Argumente pro und contra fallen vielmehr sehr unterschiedlich aus und sind durch die hier stattfindende Separierung eines spezifischen Teils des Gesamtdiskurses nicht in ihrer Totalität abzudecken. Gleichwohl werden mit dem erörterten Feldzuschnitt diejenigen moralischen Argumente in den Blick genommen, welche in der Öffentlichkeit die meiste Beachtung fanden, sind sie doch einerseits den für das debattierte

6 Diese letztere Unterscheidung, deren Trennschärfe zumal in praktischer Hinsicht durchaus anzweifelbar ist, kann entscheidende Bedeutung erlangen. Der Philosoph Michael Walzer etwa hält ein militärisches Eingreifen prinzipiell ausschließlich zur *Verteidigung*, nicht aber zur *Durchsetzung* humanistischer Werte für legitim. Das Ziel humanitärer Interventionen ist für ihn »profoundly negative in character« (Walzer 2004: 69). Die empirische Darstellung wird zeigen, dass im analysierten Feld beides miteinander verwoben wird.

7 Die Begriffe des »Militärischen Humanismus« und der »Christlichen Nächstenliebe« dienen an dieser Stelle einer vorläufigen Bestimmung. Spezifischere Argumentationsfiguren werden im Zuge der hermeneutischen Analysen erarbeitet (vgl. Kapitel 3).

8 Setzt man, wie es der hier vertretene Ansatz tut, den soziokulturellen Faktor als determinierende Variable, so muss man eine Varianz, das heißt soziokulturell unterschiedlich situierte Gruppen, untersuchen, um Verschiedenheiten in den als abhängige Variable konzipierten Wissensformen, das heißt zwischen den moralischen Urteilen, erklären zu können.

militärische Vorgehen Verantwortlichen selbst sowie andererseits *der* traditionellen abendländischen Moralinstanz schlechthin zuzurechnen.⁹

An der Spitze der untersuchten Institutionen stehen Einzelpersonen, die das öffentliche Erscheinungsbild ihrer Organisationen maßgeblich prägen. Sie sind diejenigen, welche die zu analysierenden moralischen Beurteilungen des Krieges in der Öffentlichkeit präsentieren sowie dieser gegenüber vertreten, und sie inszenieren sich darüber hinaus gerne als autonom Handelnde, welche diese Urteile eigenverantwortlich fällen. Gleichzeitig ist jedoch klar, dass diese Personen in ihrem Handeln institutionell vorgefertigten Bahnen folgen: Ihre öffentlichen Auftritte werden von Spin-Doctors geplant, ihre Reden von Ghostwritern geschrieben und die Urteile und Meinungen, welche sie nach außen vertreten, vorab intern in Gremien diskutiert. Somit besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Führungsanspruch und Repräsentationszwang (respektive generell zwischen individuellen und institutionellen Bestimmungsgründen des Handelns), das zwar im Falle des britischen Premiers anders ausfallen mag als in demjenigen des Papstes, gleichwohl aber ein prinzipielles Strukturmoment des untersuchten Feldes darstellt.

Die Studie, die letztlich auf das Diskurshandeln der Institutionen zielt, betrachtet dieses Charakteristikum in wissenssoziologischer Perspektivierung ausgehend von der »sozialen Natur alles Wissens« (Scheler 1960a: 17; Hervorhebung im Original). Dies betrifft sowohl die epistemische Basis als auch die Orientierung des untersuchten Handelns. Ersteres meint die Wahrnehmungs-, Denk- und Urteilmuster, auf welche die moralischen Bewertungen des Krieges zurückgehen. Diese Muster werden von den am Diskurs teilnehmenden Individuen nicht originär hervorgebracht, sondern angewandt und hierbei reproduziert. Sie verweisen auf das vorgängige Handeln anderer Individuen, welche die Institutionen geprägt haben und in deren Tradition die heutigen Repräsentanten stehen. Hinsichtlich des Moments der Handlungsorientierung gilt Max Webers Einsicht, dass »Kollektivgebilde« insofern das individuelle Handeln beeinflussen, als Menschen ihr Handeln an der Vorstellung orientieren, dass diese Gebilde bestehen oder bestehen sollen (vgl. Weber 1980: 7). Epistemische Basis und Handlungsorientierung bedingen, dass individuelles Handeln im Rahmen von Institutionen immer schon auf diesen verweist, weshalb Letzterer

⁹ Darüber hinaus verfolgt die Arbeit insofern einen allgemeinen Anspruch, als der gewählte wissenssoziologische Ansatz – so die Behauptung – auch bei der Auswahl anderer Akteurskonstellationen zum Erfolg führen würde.

über die Analyse von Ersterem erschlossen werden kann: Individuen interessieren hier weniger als Privatpersonen denn vielmehr als Rollenbeziehungswise Amtsinhaber – von Interesse ist weniger Karol Wojtyła als vielmehr Johannes Paul II.¹⁰

Die damit dargelegte *Möglichkeit* einer Untersuchung von Institutionen mittels der Betrachtung von Individuen ist durch methodologische Reflexionen zu ergänzen, aus denen die *Notwendigkeit* einer solchen Annäherungsweise hervorgeht. Aus der Sicht Webers gibt es »Handeln im Sinn sinnhaft verständlicher Orientierung des eignen Verhaltens [...] stets nur als Verhalten von einer oder mehreren *einzelnen* Personen« (1980: 6; Hervorhebung im Original). Seine Position sieht er in Verbindung mit dem Erkenntnisinteresse der Verstehenden Soziologie, der an der Rekonstruktion von Sinnzusammenhängen gelegen ist, wie sie stets von Individuen gesetzt werden (vgl. hierzu 1.6). Empirisch zugänglich ist Sinn ausschließlich durch die Beobachtung von sinnhaftem Handeln Einzelner. Eine »Kollektivhandlung« ist ein Abstraktum, das als solches nicht beobachtbar und nur als Summe von Einzelhandlungen konstruierbar ist. So auch im untersuchten Fall: Das Diskurshandeln der Institutionen besteht aus konkreten Äußerungen einzelner ihrer Mitglieder; das Datenkorpus besteht aus Dokumentationen solcher Einzelhandlungen.¹¹

10 Nur vor dem Hintergrund dieser Ausrichtung ist es überhaupt statthaft, von der Einzigartigkeit der handelnden Individuen abzusehen und sie unter dem gleichen »Label« zu gruppieren, nämlich als Vertreter ein und derselben Institution, auf deren spezifische Eigenart sie Rückschlüsse zulassen. Es geht nicht um psychologisierende Aussagen, wie sie oftmals in der außerwissenschaftlichen Debatte anzutreffen sind: »George W. Bush ist ein Mann, der Glaubenssätze einer informierten Debatte vorzieht, der nach seinen Überzeugungen handelt und sich nicht darum schert, was Freund oder Feind oder gar Tatsachen sagen«, schreibt zum Beispiel der Journalist Claus Kleber (2006: 9). Vielmehr werden Individuen als Repräsentanten ihrer jeweiligen Institutionen betrachtet, innerhalb derer sie an die Macht gekommen sind. Argumentationsmuster erhalten mit ihnen ein »Gesicht«, was für ihre soziale Vermittlung durchaus bedeutsam, für die hier gewählte wissenssoziologische Perspektivierung indessen zweitrangig ist. Dieser Blickwinkel findet sein Analogon durchaus auch im journalistischen Diskurs, wie eine andere Formulierung Klebers belegt: »George W. Bush ist nicht vom Himmel gefallen. Seine Sicht der Welt hat tiefe und weit verzweigte Wurzeln im Land der Pioniere« (ebd.).

11 Das methodologische Argument wird im vorliegenden Fall unterstützt durch den Typus des untersuchten sozialen Handelns: Moralisches Urteilen verlangt nach der Orientierung am Verallgemeinerungsgebot, die ohne einen – faktischen oder imaginierten – Perspektivenwechsel undenkbar ist. Die Rede von einer Übernahme anderer Perspektiven ergibt nun auf der Ebene von Kollektiven offenkundig keinen guten Sinn.

Obwohl also das Erkenntnisinteresse der Arbeit Institutionen wie Regierungen und Kirchen gilt, setzt sie bei der empirischen Analyse doch beim Handeln von Einzelpersonen an – Webers Einsicht folgend, dass nur Letzteres empirisch zugänglich ist. Dabei verlangt es die soziologische Sichtweise, die handelnden Individuen weitestgehend als Gefangene ihrer sozialen Rollen zu betrachten. Das untersuchte Handeln *erklären* zu wollen, bedeutet wissenschaftstheoretisch gesprochen, es als abhängige Variable zu konzeptualisieren und in seiner beobachteten Eigenart von einer unabhängigen Variable herzuleiten – im Falle der Soziologie vom Sozialen¹². Individuelle Handlungsfreiheit hat in einem solchen Konzept keinen angestammten Platz und besitzt allenfalls den Status einer Residualkategorie.¹³

1.1.3 Öffentlichkeit und moralische Selbstinszenierung

Die Studie nimmt die genannten Akteure in ihrer Eigenschaft als »moralische Unternehmer« in den Blick. Howard Becker bezeichnet mit diesem Terminus Akteure, welche innerhalb der Gesellschaft initiativ werden, um Regeln zu setzen beziehungsweise durchzusetzen (vgl. 1973: 133). Im vorliegenden Untersuchungsfeld sind es Kirchen, die sich über eine bestimmte politische Handlungsweise moralisch empören, und Regierungen, die eben diese Handlungsweise moralisch rechtfertigen. Dies geschieht im Zusammenhang einer Debatte, die sich an ein öffentliches Publikum richtet, um dessen Unterstützung geworben wird. Dementsprechend müssen die Diskussionsparteien ihre Argumentationen an dieser Öffentlichkeit ausrichten. Aus Sicht der politischen Akteure ist das Publikum in erster Linie Elektorat. Es besteht aus Wählern, von denen die eigene demokratische Legitimierung und damit die eigene politische Macht abhängen und die (neben anderen) moralische Imperative an die Politik richten. Aus Sicht der Kirchen besteht das Publikum aus aktuellen und potentiellen Mitgliedern, die

12 Dieser unspezifische Begriff sei an dieser Stelle erlaubt; er wird im nachfolgenden Unterkapitel 1.2 präzisiert werden.

13 Aus zwei Gründen erlaube ich mir, es hier bei diesen angesichts der hochkomplexen Problematik sehr knappen Ausführungen zum Spannungsverhältnis von Individualität und Sozialität zu belassen. Zum einen wird der Punkt nachfolgend in unterschiedlichen Zusammenhängen erneut aufgegriffen (vgl. 1.2, 1.4 und 1.6), wo vor allen Dingen seine praktische Handhabung im Rahmen dieser Studie klarer wird. Zum anderen spielt die Thematik im Schlusskapitel der Arbeit eine bedeutende Rolle, wo sie nach durchgeführter empirischer Analyse und theoretischer Auswertung der Ergebnisse mit größerem Gewinn erörtert werden kann.

in der eigenen Institution gehalten beziehungsweise für diese gewonnen werden sollen, da der eigene gesellschaftspolitische Einfluss wesentlich von der Mitgliederstärke abhängt. Es muss demnach gelingen, sich in der weithin anerkannten Funktion als »moralisches Gewissen« der Gesellschaft zu bewähren. Sämtliche untersuchten Akteure sehen sich demnach einem Zwang zur moralischen Inszenierung unterworfen. Die Deutungshoheit auf dem Feld der Moral bildet einen unentbehrlichen Bestandteil ihrer öffentlichen Selbstdarstellung. Demgegenüber bleibt der innerhalb der betreffenden Gruppen stattfindende Prozess der Urteilsbildung in dieser Studie ausdrücklich unberücksichtigt.¹⁴ Das untersuchte Datenmaterial (vgl. 1.5) besteht aus offiziellen Verlautbarungen, die insofern als »geglättet« zu betrachten sind, als interne Meinungsfindungsprozesse (oder gar Meinungsdifferenzen) in der Außendarstellung gerne gezielt überdeckt werden.

Für die Selbstpositionierungen im »moralischen Haushalt der Weltöffentlichkeit« (Schwab-Trapp 2002: 378) ist es im vorliegenden Fall charakteristisch, dass zwischen den Diskussionsparteien kein argumentativer Austausch im Sinne einer wechselseitigen, fortschreitenden sowie diskursiven Bezugnahme auf die Äußerungen der Kontrahenten stattfindet. Hierzu fehlt schlicht der institutionelle Rahmen.¹⁵ Ziel scheint es weniger zu sein, den Opponenten von der eigenen Position zu überzeugen, als vielmehr, diesem gesellschaftliche Unterstützung zu entziehen respektive eigene zu mobilisieren. Gegenseitige Verweise treten nur unregelmäßig auf und in ungleich stärkerem Maße auf Seiten der Kriegsgegner als bei den -befürwortern. Dort, wo sie vorkommen, werden sie vom angesprochenen Diskussionsteilnehmer nicht erwidert. Solche Fälle stellen gleichsam argumentative »Einbahnstraßen« dar, die gerade auf das Fehlen entsprechender Vermittlungsprozesse und -foren hinweisen. Das verbindende Element des untersuchten Feldes besteht also nicht so sehr in Aushandlungsprozessen zwischen den Streitparteien als vielmehr im gemeinsamen Bezug auf die

14 Vgl. speziell zur politischen Entscheidungsfindung der US-Regierung Woodward 2003, 2004; Kuntz 2007.

15 Diese Feststellung ist im Hinblick auf die gewählte Akteurskonstellation – US-amerikanische und britische Regierung auf der einen, deutsche Kirchen auf der anderen Seite – einigermaßen trivial, sie trifft jedoch auch generell zu. So fand beispielsweise ein Treffen zwischen dem US-Präsidenten und dem Papst (das heißt Benedikt XVI., dem Nachfolger des 2005 verstorbenen Johannes Paul II.) und damit ein direkter Austausch derselben über den Irak-Krieg erst im April 2008 statt.

gleiche Thematik¹⁶; es handelt sich um einen Diskurs verstanden als »historisch-spezifische und spezielle, geregelte Formation von Aussagen [...], die einem spezifischen und speziellen Gegenstandsbereich zugeordnet sind« (Link 2006: 50).¹⁷ Ein Diskurs, bei dem Repräsentanten gegensätzlicher Argumentationsfiguren sowie unterschiedlicher sozialer Welten aufeinandertreffen und miteinander um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Wirklichkeitsauslegung ringen.

In diesem Sinne geht die Studie mit einer spezifischen Perspektivierung an die Analyse heran. Sie begreift die in den Daten dokumentierten Diskursbeiträge als unterschiedliche Antworten auf ein Handlungsproblem,¹⁸ das Kriegsbefürworter und -gegner teilen: das Werben um gesellschaftliche Unterstützung. Das moralische Argumentieren im Zuge der Irak-Debatte ist Bestandteil dieses Werbens, mithin Mittel zum Zweck. Bei dieser generellen Rahmung handelt es sich um eine Folge der hier eingenommenen soziologischen Blickrichtung, die nicht eins zu eins auf den subjektiven Handlungssinn abgebildet werden darf. Daher verbindet sich mit der pragmatischen Perspektive auf das empirische Feld keinesfalls von vornherein der Verdacht einer mangelnden Authentizität der vorgetragenen Argumente (vgl. 1.2). Werden die Repräsentanten aus Politik und Kirche als vor dem gleichen Handlungsproblem stehend konzipiert, so sucht die Studie die Erklärung für die Differenz der Lösungswege in unterschiedlichen Interessenkonstellationen. Für moralische Vorstellungen gilt, was für Ideen im Allgemeinen gilt: »Ideen sind interessenbezogen, sie konkretisieren sich an Interessenlagen und erhalten durch diese Deutungsmacht« (Lepsius 1990: 7). In diesem Sinne hat die Beantwortung der Frage, weshalb die untersuchten Akteure zu einander entgegengesetzten Beurteilungen der moralischen Legitimität des Irak-Krieges gelangten, auf die je spezifische soziale Situierung der Diskursteilnehmer zu rekurrieren.

16 Nicht allerdings: *dieselbe* Thematik, wie die Aufschlüsselung der thematischen Horizonte sowie der Interpretationsrelevanzen der Akteure zeigen wird (vgl. 2.6).

17 Mit der Adaption des Diskursbegriffes verbinde ich keine weitergehenden Weichenstellungen theoretischer oder methodischer Art. Von einem idealen Diskurs im Sinne Habermas' (1981) zu sprechen, verbietet sich schon aufgrund des Umstandes, dass an der Kriegsdebatte das irakische Volk nicht beteiligt war. Auch intendiere ich keine Analyse in der Tradition Foucaults (2003) (vgl. 1.6), sondern verwende den Terminus »Diskurs« theoretisch offen, das heißt weitgehend synonym mit Begriffen wie Debatte, Kontroverse und ähnlichen.

18 »Unter einem Problem ist dabei jede Frage zu verstehen, die mehr als eine Antwort zulässt, aber fordert, *daß* eine Antwort gegeben wird« (Hennis 1963: 93; Hervorhebung im Original).

1.2 Erklärungsansatz

Die empirischen Untersuchungen der Studie orientieren sich an einer Grundhypothese. Sie besagt, dass der in Frage stehende Dissens über die moralische Legitimität des militärischen Angriffs auf den Irak nicht angemessen erklärt werden kann, indem man ihn lediglich auf zwischen Befürwortern und Gegnern divergierende Faktenannahmen zurückführt – ob bezüglich der Ausgangslage (zum Beispiel hinsichtlich der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak) oder bezüglich der Kriegsfolgen (zum Beispiel hinsichtlich der zu erwartenden Opferzahlen). Vielmehr ist auf unterschiedliche Situationsauslegungen in einem umfassenden Sinne zu rekurrieren. Für diese spielt es erstens eine Rolle, welche Fakten überhaupt als relevant in die Betrachtung miteinbezogen werden, zweitens kommt es im Wesentlichen auf die Interpretation dieser vermeintlich »objektiven« Fakten an. Die forschungsleitende Hypothese folgt damit einer grundlegenden Einsicht von Alfred Schütz:

»Unser gesamtes Wissen von der Welt [...] enthält Konstruktionen, das heißt einen Verband von Abstraktionen, Generalisierungen, Formalisierungen und Idealisierungen, die der jeweiligen Stufe gedanklicher Organisation gemäß sind. Genau genommen gibt es nirgends so etwas wie reine und einfache Tatsachen. Alle Tatsachen sind immer schon aus einem universellen Zusammenhang durch unsere Bewußtseinsabläufe ausgewählte Tatsachen. Somit sind sie immer interpretierte Tatsachen« (2010a: 333).

Mit dieser Überlegung gewinnt die Analyse ihre spezifisch wissenssoziologische Orientierung. Indem sie auf die im empirischen Feld vorgenommenen Interpretationen von Fakten abhebt, ist ihr an der Aufdeckung sozial generierter sowie geteilter Relevanzsysteme und Deutungsmuster gelegen, von denen diese Interpretationen abhängen. Die moralische Beurteilung eines Handelns hängt mit der Wahrnehmung der Situation zusammen, in der dieses Handeln stattfindet, und so ignoriert ein Erklärungsansatz, der moralische Wertungen in direkten Bezug zu sogenannten »brute facts« (Searle 1997) setzt, die entscheidende Vermittlungsebene: Es ist die *Bedeutung* der Fakten für die sozialen Akteure, welche die entscheidende Rolle spielt. Ich möchte im Folgenden die auf dieser Grundannahme basierende Herangehensweise der Studie zunächst innerhalb einer Pluralität möglicher

Erklärungsansätze verorten (1.2.1),¹⁹ um sie auf dieser Abgrenzung aufbauend anschließend näher zu bestimmen (1.2.2).

1.2.1 Erklärungsvarianten

Will man den Unterschied in der moralischen Bewertung des Irak-Krieges wissenschaftlich erklären, so gibt es hierfür – ungeachtet der disziplinären Ausrichtung – grundsätzlich eine Reihe möglicher Ansätze. Man kann (1) von der Annahme ausgehen, dass die zur Anwendung gekommenen Beurteilungskriterien in zumindest einem der Lager gar nicht moralischer, sondern anderweitiger Natur sind, dass mit anderen Worten moralische Überlegungen in der Außendarstellung bloß vorgeschoben werden, um die intern angewandten, tatsächlichen Urteils- beziehungsweise Entscheidungskriterien zu verschleiern. Diesen Ansatz möchte ich als ideologiekritisches Paradigma bezeichnen, insofern man sich hierbei dem Feld mit einem grundlegenden *Ideologieverdacht* nähert. Er fasst die offiziellen Verlautbarungen der Diskussionsparteien als mehr oder minder bewusste Täuschungsmanöver oder als ihnen selbst nicht bewusste Verfälschungen auf. Die in der öffentlichen Debatte vorgebrachten Argumentationen zur Legitimierung beziehungsweise Delegitimierung des Militäreinsatzes gilt es aus dieser Sicht als Ideologien zu enttarnen, wie sie als Phänomene des »Überbaus« die letztlich ausschlaggebende »Basis« der realen Interessenlage verbergen würden, an deren Offenlegung dem Wahrheitssuchenden gerade gelegen sein müsse. Zahlreiche journalistische und wissenschaftliche Arbeiten tendieren in diese Richtung, wobei die Grenzziehung zwischen investigativem Journalismus und wissenschaftlicher Perspektivierung nicht immer trennscharf verläuft. Diese Durchmischung hängt neben anderen Aspekten damit zusammen, dass in beiden Bereichen oftmals nicht nur deskriptiv eine Erklärung, sondern zugleich normativ eine Beurteilung des untersuchten Phänomens angestrebt wird.

Studien dieser Art tendieren mehr oder minder deutlich dazu, die moralische Kontroverse um den Irak-Krieg dadurch zu erklären, dass die Seite der Kriegsgegner moralisch argumentiere, wohingegen diejenige der Kriegsbefürworter eine moralische Argumentation bloß vortäusche und die eigentliche Kriegsentscheidung aufgrund anderer Erwägungen treffe –

19 Diese Systematisierung wird zugleich die Darstellung der Forschungsliteratur erleichtern (vgl. 1.3).

das bedeutet letztlich durch den Unterschied zwischen moralischer und nichtmoralischer Beurteilung. Indem die vorliegende Arbeit das Phänomen vorderhand als das anerkennt, was zu sein es selbst vorgibt, nämlich eine Moraldebatte, schlägt sie eine andere Richtung ein, ohne dem ideologiekritischen Ansatz damit die Berechtigung absprechen zu wollen. Dieser benötigt in jedem Falle ein anders geartetes Datenmaterial als das für diese Studie gesammelte, das ausschließlich offizielle Verlautbarungen der Akteure umfasst (vgl. 1.5), denn eine Entlarvung als Ideologie kann letztlich nur durch die Gegenüberstellung von Diskurs und Praxis gelingen.²⁰ Der diskursanalytische Zugang verfügt prinzipiell »nicht über die Instrumente um die realen Machtverteilungen, die Koalitionen und Bündnisse oder die Entscheidungen, die hinter geschlossenen Türen getroffen werden, zu untersuchen« (Schwab-Trapp 2002: 68). Ziel ist demnach nicht die Aufdeckung von Ideologien der »Hinterbühne« (Goffman 2004: 104), sondern zunächst die Rekonstruktion der an der Oberfläche sichtbaren Argumentationsfiguren, Semantiken, Codes et cetera sowie in einem zweiten Schritt die Aufklärung von diesen zugrunde liegenden Mustern. Auch wirft die Beobachtung, dass der Ideologieverdacht im Hinblick auf die untersuchte Diskussion meist nur den Kriegsbefürwortern, nicht aber den Kriegsgegnern gilt, die Frage auf, ob ein ideologiekritischer Ansatz angesichts der gewählten Akteurskonstellation ausreichend sein kann.²¹

Ferner können die konfligierenden Kriegsbewertungen (2) durch die *Annahme von Irrtümern* erklärt werden. Davon ausgehend, dass es die eine richtige moralische Beurteilung des Krieges gibt, kann entweder das Urteil pro oder dasjenige contra Krieg als Irrtum verstanden werden – tertium non datur. Der Widerspruch zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern ist so betrachtet nichts anderes als der Widerspruch zwischen demjenigen,

20 Im Hinblick auf die Politik wird dies häufig dadurch versucht, dass man aus dem Argument der »humanitären Intervention« (Ebene des Diskurses) ableitet, dass in vergleichbaren Fällen wie dem Irak ebenso agiert werden müsse, was aber nicht geschehe (Ebene der Praxis). Aus dieser Diskrepanz wird dann auf das Vorliegen einer Ideologie geschlossen. Dieser Schluss wäre jedoch nur dann zulässig, wenn im Diskurs eine Ausschließlichkeit des moralischen Motivs behauptet würde, was die erhobenen Daten gerade nicht belegen und wovon der hier gewählte Ansatz dementsprechend nicht ausgeht.

21 Indem die Studie beide Lager in gleicher Art und Weise fokussiert, folgt sie Karl Mannheims Ausweitung des »partikularen« auf einen »allgemeinen« Ideologieverdacht, der sich des Ideologiebegriffs auf »wertfreie« Art und Weise bedient (vgl. Mannheim 1995: 53ff., 75ff.). Markierte seine Ausweitung historisch den Umschlag von Ideologiekritik zu Wissenssoziologie, so kennzeichnet sie hier im kleineren Rahmen die Differenz zwischen einer ideologiekritischen und einer wissenssoziologischen Forschungsrichtung.

der Recht, und demjenigen, der Unrecht hat. Gemäß der klassischen Terminologie der aristotelischen Philosophie ist hierbei zwischen zwei Varianten zu differenzieren: (a) Irrtümer, welche das Wissen (episteme) betreffen; (b) Irrtümer, welche sich auf den Umgang mit dem als gesichert geltenden Wissen beziehen, das heißt auf den Bereich praktischer Klugheit (phronesis).²² Begreift man die in den Daten auffindbaren moralischen Urteile analog zu Wenn-dann-Beziehungen, das heißt in der Form: »Wenn die Fakten so und so sind, dann sollte dieses und jenes getan werden« (Singer 1975: 387), dann kann eine Differenz im moralischen Urteil entweder dadurch zustande kommen, dass ein epistemischer Dissens über das Vorliegen bestimmter Umstände besteht (im antecedens),²³ oder dadurch, dass man phronetisch uneins ist bezüglich der moralischen Imperative, die aus dem gemeinsam akzeptierten Sachverhalt erwachsen (im consequens)²⁴.

(a) Nimmt man *epistemische Irrtümer* als Ursache der Irak-Kontroverse, so führt man den Dissens auf unterschiedliche Faktenannahmen zurück. Kriegsbefürworter wie -gegner haben dieser Erklärungsweise zufolge zwar ähnliche Moralprinzipien oder teilen gar ein identisches Prinzip, sie schätzen aber die Faktenlage, auf der das Urteil basiert, unterschiedlich ein. Die Kontroverse ist aus dieser Sicht keine solche unterschiedlicher Moralauffassungen, sondern eine solche zwischen richtiger und falscher Realitätswahrnehmung. Differenzen dieser Art gab es im empirischen Feld durchaus. Das prominenteste Beispiel bietet die widersprüchliche Einschätzung des Gefahrenpotentials, welches von der Hussein-Regierung sowohl für die Nachbarstaaten des Irak im Nahen und Mittleren Osten wie auch für die westlichen Industrienationen ausging, soll heißen die Frage nach der Existenz irakischer Massenvernichtungswaffen beziehungsweise nach der Verbindung des irakischen Regimes mit islamistischen Terrororganisationen wie Al Kaida. Fragen dieses Zuschnitts sind – zumindest in der Theorie – mittels entsprechender investigativer Tätigkeit einer eindeutigen Klärung zuzuführen, und tatsächlich besteht in dieser Hinsicht heute zumindest zum Teil Konsens. So hat der frühere US-Außenminister Colin Powell seine Rede vor dem UN-Sicherheitsrat vom 5. Februar 2003, in welcher er

22 Vgl. zu dieser Unterscheidung Aristoteles 1985: 131ff.

23 Zum Beispiel: Verfügt Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen oder nicht?

24 Zum Beispiel: Rechtfertigt die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak eine militärische Intervention mit zu erwartenden »Kollateralschäden« auf Seiten der Zivilbevölkerung?

ein militärisches Bedrohungspotential des Irak nachzuweisen suchte, im Nachhinein als »Schandfleck« eingestuft und der britische Premier Tony Blair hat von seiner vor dem Krieg geäußerten »45-minute-claim«, wonach der Irak in der Lage gewesen sei, binnen 45 Minuten Massenvernichtungswaffen zum Einsatz zu bringen, später Abstand genommen. Nichtsdestotrotz bleibt die empirische Beobachtung, dass derartige Erkenntnisse die Differenzen in der Bewertung des Kriegseinsatzes nicht haben verschwinden lassen. Weder die US-amerikanische noch die britische Regierung haben ihr jeweiliges Zugeständnis, das militärische Bedrohungspotential des Irak falsch eingeschätzt zu haben, je zum Anlass genommen, an der moralischen Bewertung des Angriffs auf den Irak etwas zu ändern. Ihre Haltung muss also anders erklärt werden, und folglich greift eine Analyse, welche den Widerspruch zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern ausschließlich auf die divergierende Einschätzung von Fakten zurückführen zu können meint, angesichts der empirischen Realität zu kurz.

(b) Fokussiert man zum Zwecke einer Erklärung des in Frage stehenden Phänomens *Irrtümer, welche die phronesis betreffen*, so ergibt sich unweigerlich ein anderes Problem: Aufgrund welchen Maßstabs ist hier von Irrtum zu sprechen? Im Gegensatz zum Bereich der epistemischen Differenzen, wo, wie eben gezeigt, im untersuchten Feld selbst Klärungsprozesse stattfanden, kann hier ein solcher Maßstab nicht der Empirie entnommen werden, denn Kriegsbefürworter und -gegner bezichtigen sich nach wie vor gegenseitig, aus der Faktenlage vor dem Krieg die falschen Handlungsimperative abgeleitet zu haben. Die Soziologie kann sich, wenn sie wie hier als deskriptive (statt normative) Wissenschaft aufgefasst und betrieben wird, weder auf eine der beiden Seiten schlagen noch aus sich selbst heraus den erforderlichen Maßstab generieren. Anders verhält es sich in benachbarten Disziplinen mit einem anderen Selbstverständnis wie der Politikwissenschaft, der Jurisprudenz oder der Philosophie. Diese verfügen über Maßstäbe (wie das Konzept des gescheiterten Staates, das Völkerrecht oder die Theorie des gerechten Krieges), anhand derer ein Irrtum in der sozialen Praxis diagnostiziert werden kann, ohne dass hiermit zwangsläufig ein Ideologieverdacht verbunden würde. Demgegenüber verzichtet die vorliegende soziologische Arbeit bewusst auf die Annahme eines phronetischen Irrtums auf Seiten (eines) der untersuchten Akteure und zieht stattdessen die Möglichkeit in Betracht, dass beide Lager aus ihrem eigenen Blickwinkel heraus betrachtet richtig gelegen haben könnten – tertium datur.

Eine weitere Richtung, die für eine Erklärung der Irak-Kontroverse eingeschlagen werden kann, sieht (3) deren Ursache in *moralischem Formalismus*. Sie vermutet ein zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern geteiltes Moralprinzip, begreift dieses aber als spezifisch formales Prinzip, dessen materiale Anwendung je nach vorhandenen Werthierarchien unterschiedlich ausfallen kann und im vorliegenden Fall ausgefallen ist. Die Erklärung ist diesem Ansatz zufolge weder darin zu suchen, dass eines der Lager ideologischen anstelle von moralischen Motiven gefolgt wäre, noch darin, dass eines der Lager die faktische Ausgangssituation falsch eingeschätzt hätte, und auch nicht darin, dass eines der Lager bei seinen moralischen Schlussfolgerungen aus der gemeinsamen Sicht auf die Fakten fehlgegangen wäre. Vielmehr lautet die Hypothese, dass zwar ein geteiltes Moralprinzip existiert, es sich hierbei allerdings um ein formales Prinzip handelt, das unterschiedliche Auslegungen nicht bloß zulässt, sondern angesichts divergierender (beispielsweise soziokultureller) Rahmenbedingungen geradezu unvermeidlich macht.

Illustrieren lässt sich dies anhand der Rezeption der Ethik Immanuel Kants mit ihrem formalen Prinzip des kategorischen Imperativs: »Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde« (Kant 1994: 42). Diese Aufforderung setzt – im Gegensatz etwa zum Fünften Gebot: »Du sollst nicht töten« – kein inhaltliches Handlungsgebot oder -verbot. Zahlreiche Interpreten Kants stimmen zwar dem von ihm aufgestellten Moralprinzip zu, lehnen aber seine Schlussfolgerungen bei der Anwendung auf konkrete Urteilsituationen ab. Das wohl prominenteste Beispiel liefert die Forderung Kants, der Mensch dürfe selbst dann nicht lügen, wenn er damit einen Mord verhindern könne (vgl. Kant 1997; zur Diskussion beispielsweise Horkheimer 1933). Analog hierzu kann die Kontroverse zwischen Befürwortern und Gegnern des Irak-Einsatzes verstanden werden als begründeter Dissens (statt eines Irrtums) über die inhaltliche Auffüllung eines formalen Moralgrundsatzes, über den Einigkeit besteht.

Schließlich kann (4) von der *Existenz unterschiedlicher Moralprinzipien im Feld* ausgegangen werden. Dieser Erklärungsansatz stellt sich gegen die Annahme eines geteilten Moralprinzips. Die an der Oberfläche zu beobachtende Differenz zwischen Kriegsgegnern und -befürwortern verweist in dieser Sichtweise auf einen »tiefer« liegenden Dissens und lässt sich von diesem her erklären: Die gegensätzlichen Beurteilungen entspringen gegensätzlichen Urteilsprinzipien. In den Worten Max Schelers zielt diese Erklä-

rungsweise auf Unterschiede »der Ethosformen als Formen des Wertvorziehens selbst, nicht bloß der Güterschätzungen, die auf Grund eines und desselben Wertvorzugsgesetzes oder Ethos entstehen« (Scheler 1960a: 28; Hervorhebungen im Original). So betrachtet muss den untersuchten Akteuren weder eine bewusste oder nichtbewusste ideologische Verzerrung noch ein epistemischer oder phronetischer Irrtum unterstellt werden, um die gesuchte Erklärung zu finden. Stattdessen werden sie – bis zum möglichen Beweis des Gegenteils – als gleichermaßen authentisch wie kompetent urteilende Sozialakteure begriffen.

1.2.2 Der wissenssoziologische Erklärungsansatz

Insofern die vorliegende Untersuchung keinen soziologisch untermauerten Enthüllungsjournalismus betreiben will, sondern soziologische Theoriebildung anstrebt, beschränkt sie sich gegenüber dem ideologiekritischen (1) und dem normativen Ansatz (2b) auf eine deskriptive, wissenssoziologische Analyse des Phänomens. Hierbei wird eine Erklärung mittels der Rückführung auf divergierende Faktenannahmen (2a) als unzureichend abgelehnt. Ein genereller Vorbehalt diesen drei Annäherungsweisen gegenüber gilt ferner deren Tendenz, implizit eine eindeutige Entscheidbarkeit des in Frage stehenden moralischen Problems vorauszusetzen. Stattdessen bewegt sich die Studie im Bereich der zuletzt aufgeführten Ansätze (3) und (4) und sucht die Erklärung für die fokussierte Kontroverse in unterschiedlichen Urteilsprinzipien beziehungsweise in deren praktischen Anwendungen – mit anderen Worten im Zusammenhang mit divergierenden Situationsdefinitionen, welche auf sozial geteilten Denkmustern beruhen. Ob die Differenzen hierbei von der Widersprüchlichkeit verschiedener Moralprinzipien herrühren oder von der unterschiedlichen Auslegung ein und desselben formalen Prinzips, kann vor Ansicht der Daten schlechterdings nicht entschieden werden. Die Studie versteht sich teils als Ergänzung, teils als Kontrapunkt zu den aufgeführten alternativen Ausrichtungen und nimmt den Standpunkt ein, dass eine wissenschaftliche Untersuchung des empirischen Phänomens Irak-Debatte nicht vollständig sein kann ohne eine Analyse der in ihr zur Anwendung gekommenen Situationsdefinitionen sowie Deutungs- und Urteilmuster.

Für die damit dem Untersuchungsobjekt gegenüber eingenommene Haltung hat Hubert Knoblauch – unter Rekurs auf Karl Mannheim – mit dem Begriff des »methodologischen Agnostizismus« eine zutreffende Be-

schreibung eingeführt: »Die Soziologie behandelt zwar die Ansprüche anderer auf Wahrheit, ohne jedoch ein Urteil darüber abzugeben, ob diese Ansprüche berechtigt sind oder nicht. Die Wissenssoziologie richtet also nicht über die Geltung von Wissen und Erkenntnissen« (Knoblauch 2005: 345).²⁵ Die Studie verzichtet mit anderen Worten explizit auf normative Stellungnahmen. Sie will den in den Blick genommenen Moraldiskurs nicht verbessern, nicht seine inhärente Logik aufklären. Stattdessen richtet sie den Fokus auf »außertheoretische Prozesse[, die] das Aufkommen und die Entfaltungsrichtung des Wissens und Erkennens lenken« (Mannheim 1995: 231), das heißt, sie will ihr Untersuchungsobjekt im Sinne Mannheims (1964) nicht ideologisch, sondern wissenssoziologisch interpretieren. Die Rückbindung an »außertheoretische Prozesse« findet in dieser Arbeit dadurch statt, dass die Diskursführung der an der Irak-Debatte beteiligten Lager in pragmatistischer Perspektivierung als Versuch gedeutet wird, ein konkretes Handlungsproblem zu lösen. Auf diese Weise werden die untersuchten Diskursphänomene auf die soziale Situiertheit der Akteure zurückgeführt und in diesem Sinne erklärt.

Das wissenssoziologische Erklärungsmodell der Arbeit gestaltet sich derart folgendermaßen: (1) Das übergeordnete explanandum der Studie stellt die Differenz in der moralischen Beurteilung des Irak-Krieges dar. (2) Als diesbezügliches explanans wird erstens die Differenz der Situationsdefinitionen und damit der angewendeten Deutungs- und Urteilmuster herangezogen. Diese sollen erfasst, rekonstruiert, verstanden und zuletzt auch erklärt werden, das heißt, sie sind selbst explanandum. (3) Insofern diese Muster in engem Zusammenhang stehen mit den unterschiedlichen Relevanzsystemen der Akteure,²⁶ werden diese Systeme als zweites explanans für die Moralkontroverse betrachtet. Auch die Relevanzen dienen nicht bloß der Erklärung, sondern sollen ihrerseits hergeleitet und damit als explanandum in den Blick genommen werden. (4) Das explanans von Deutungs- und Urteilmustern sowie Relevanzsystemen wird in der jeweiligen sozialstrukturellen Situation der untersuchten Gruppe gesucht. Das betrifft deren innere Struktur, ihre Verortung innerhalb der Gesell-

25 Ursprünglich entstammt der Begriff einem früheren Werk Knoblauchs (1999: 14ff.). Es dürfte sich um eine Abwandlung – sowie (nach meinem Dafürhalten) eine Verbesserung – des von Peter L. Berger gebrauchten Begriffs »methodologischer Atheismus« (1988: 98) handeln.

26 Im Bereich dessen, was in der Relevanztheorie als »auslegungsrelevante Aspekte des Wissensvorrats« bezeichnet wird (vgl. 2.1), überschneiden sich die beiden Momente gar.

schaft, ihre ›objektive‹ Interessenlage (an dieser Stelle kommen ökonomische oder politische Aspekte ins Spiel) wie auch ihre historische Genese. Für diesen letzten und entscheidenden Erklärungsschritt wird zwangsläufig über die eigens für die Studie gesammelten Daten hinauszugehen sein (vgl. 1.5).

Die Elemente (1), (2) und (3) würde man in marxistischer Terminologie dem »Überbau« zuordnen, während (4) dessen »Basis« bildete. Insofern letztlich aus (4) auf (1) geschlossen wird, handelt es sich um eine prinzipiell materialistische Erklärungsweise; entscheidend ist allerdings, dass keine ›Abkürzung‹ von (4) nach (1) führt, da die ›objektiven‹ Interessen durch das Wissen »gefiltert« sind. Sogenannte »realistische« Modelle neigen zu eben diesem Kurzschluss, indem sie die vermittelnden Situationsdeutungen unterschlagen (vgl. dazu Berger/Luckmann 1998: 68ff.). Deutungs- und Urteilsmuster sowie Relevanzsysteme stellen jedoch keine bloßen Funktionen der Sozialstruktur dar, da sie die Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage und der damit verbundenen Interessen formen. Die gesellschaftliche Struktur hängt in diesem Sinne – das heißt epistemisch, nicht ontisch – von ihrer sinnhaften Konstruktion ab.²⁷

Max Scheler hat mit dem Begriff der Schleuse ein anschauliches Bild für das Verhältnis von »Basis« und »Überbau« – in seiner Terminologie: »Real- und Idealfaktoren« – in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht. Nach seiner Vorstellung geben die materialen Grundlagen der Gesellschaft der geistigen Entwicklung mögliche ›Bahnen‹ vor, sie bestimmen jedoch nicht, welche Richtung tatsächlich eingeschlagen und wie diese dann inhaltlich ausgefüllt wird. Neben dieser Ermöglichungsfunktion schließen sie als »negative Realisationsfaktoren« (Scheler 1960a: 21) gewisse Inhalte grundlegend aus. Max Weber beschreibt den Sachverhalt in ähnlicher Art und Weise: »Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ›Weltbilder‹, welche durch ›Ideen‹ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegt« (Weber 1988b: 252).

Betrachtet der Wissenssoziologe also die Geschichte der realen Zustände, so erklärt dies nach Scheler »immer nur die *Differenz* des nach Sinn gesetzten potentiell *möglichen* Werkes und des *wirklichen* Werkes« (1960a: 40; Hervorhebungen im Original). Eine Ableitung des Daseins von Kulturin-

27 Klassischen Status haben zu diesem Thema Marx' Ausführungen zur Problematik des Klassenbewusstseins (vgl. Marx 1972: 180f.).

halten in determinierender Absicht ist derart nicht möglich, gleichwohl kann aber ihr Sosein erklärt werden. Ebenso wenig wie die Evolutionstheorie Darwins die originäre Entstehung einzelner Tier- oder Pflanzenarten begrifflich zu machen vermag, kann der wissenssoziologische Ansatz erläutern, wie einzelne Wissensformationen ursprünglich in die Welt kamen. Er schafft jedoch Aufklärung darüber, weshalb sich gewisse Ideen in bestimmten historischen und gesellschaftlichen Konstellationen zu behaupten wussten, andere hingegen nicht.

Wie bereits mehrfach angedeutet, fließt in das Erklärungsmodell die These ein, dass in die moralische Bewertung des Irak-Krieges nichtmoralische Momente hineinspielen. Moralische Urteilmuster stehen im Zusammenhang mit Denkmustern anderer Art (beispielsweise bezüglich kollektiver Identität), die Bedeutsamkeit moralischen Handelns wird abgewogen mit Relevanzen sonstiger Natur (beispielsweise der eigenen Sicherheit). Das markiert eine generelle Grenzlinie zu solchen Ansätzen, welche eine isolierte Betrachtung der Moralfrage vornehmen. Ein derartiges Vorgehen wird nach dem hier vertretenen Standpunkt der sozialen Wirklichkeit nicht gerecht, in der nichtmoralische Momente wesentlichen Einfluss auf moralische Urteile ausüben können, und zwar nicht bloß im Sinne einer Verzerrung, sondern als konstituierende Momente.²⁸

1.3 Forschungsstand

Es kann kaum verwundern, dass über ein Phänomen von solcher Tragweite wie der Irak-Krieg eine Unmenge an Büchern, Aufsätzen, Artikeln, Essays et cetera veröffentlicht wurde. Selbst wenn man den Fokus auf die Debatte *über* den Krieg richtet, bleibt das Literaturangebot nur schwer überschaubar. Eine Reduktion könnte man erreichen, indem man den Horizont auf den Moralaspekt hin verengte, allerdings wäre ein solches Vorgehen angesichts des eben erläuterten Erklärungsansatzes unangemessen. Dieser Überlegung gemäß möchte ich im Folgenden einen Überblick über die bestehende Literatur zum Irak-Diskurs im Gesamten geben, wobei ich mich zum Zwecke der Strukturierung der oben eingeführten Differenzierung von Erklärungsansätzen bediene (zur Erinnerung:

²⁸ Vgl. zu diesem Punkt die Ausführungen in 4.3.

Ideologieverdacht, Irrtumsunterstellung, Annahme unterschiedlicher Urteilmuster; vgl. 1.2). Dieses Vorgehen ist legitim, da sich die unterschiedenen Erklärungsmuster auch auf nichtmoralische Aspekte übertragen lassen.²⁹ Ich werde also Texte, die sich innerhalb des gleichen Musters bewegen, gemeinsam behandeln, was dazu führt, dass Beiträge aus verschiedenen Disziplinen wie Soziologie, Politologie, Philosophie, Sozialpsychologie oder Ökonomie unter dem gleichen Gesichtspunkt gefasst werden können. Auch ist die Grenze zum außerwissenschaftlichen, speziell zum journalistischen Bereich nicht immer klar zu ziehen. Als gesättigt betrachte ich die Darstellung, wenn alle relevanten Positionen genannt sind; ich strebe keine Aufzählung aller existierenden Beiträge an, was ein zwar ehrenvolles, jedoch aussichtsloses Unterfangen wäre.

1.3.1 Ideologiekritische Ansätze

In den Bereich des Ideologieverdachts fällt das Gros der Beiträge. Das hat seinen Grund nicht nur in der Natur dieser Beiträge selbst, sondern ist zudem dem Umstand geschuldet, dass ich für den vorliegenden Zweck solchen Ausführungen, welche die »wahren« Beweggründe der Diskursteilnehmer jenseits der Moral erkennen, unterstelle, dass sie in der Konsequenz die Anführung moralischer Motive als bloßen ideologischen »Anstrich« betrachten. Dies wird in den Texten nicht immer explizit gesagt, doch scheint mir dieser Schluss zwingend notwendig zu sein.

Allgemein lässt sich feststellen, dass der Ideologieverdacht in der Forschungsliteratur zum Irak-Krieg ausschließlich der Politik gilt und hier vor allem der US-Regierung.³⁰ Zahlreiche Autoren bringen ihre Untersu-

29 Selbstredend werden die entsprechenden Zuordnungen nicht immer ganz eindeutig ausfallen, setze dies doch voraus, dass sich die Autoren an der von mir eingeführten Unterscheidung sowie an den mit ihr verbundenen Grenzbeziehungen orientierten. Ein treffliches Beispiel für eine Position, die in eine Grauzone fällt, liefert das Buch von Hans-Jürgen Heinrichs, der im Hinblick auf die US-Regierung schreibt: »Die Grenzen zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg verwischen sich, ebenso wie die zwischen irrationalen Motiven für einen Krieg und politischen, ökonomischen Interessen und visionären Bekundungen für eine weltweite Demokratisierung« (Heinrichs 2003: 7).

30 Eine Ausnahme bildet die Studie von Dijk (2006), die eine Analyse einer Parlamentsrede des britischen Premiers Blair unternimmt und in ihr einen Versuch zur Manipulation der öffentlichen Meinung erkennt. (Dijks Arbeit illustriert übrigens anschaulich, wie eine Diskursanalyse, die ihren Gegenstand aus einem normativen Blickwinkel heraus betrachtet, zu empirisch nur schwer anwendbaren Maßstäben Zuflucht nehmen muss.)

chungsrichtung schon im Titel zum Ausdruck: »Die Bush-Bilanz. Wie der US-Präsident sein Land und die Welt betrogen hat« (Theveßen 2004), »The new American Militarism. How Americans are seduced by War« (Bacevich 2006) oder »State of Denial« (Woodward 2006). Als Beleg wird häufig der Umgang mit inhaftierten Terrorverdächtigen im Guantanamo-Gefangenenlager angeführt, der zeige, dass die Bush-Regierung anders handle, als sie rede (vgl. zum Beispiel Cole 2006; Kellner 2007). Rein auf der Diskursebene hingegen verbleibt Eric Alterman (2004), der in der Argumentation Bushs interne Widersprüche entdeckt, aus denen er folgert, dass die US-Regierung die Öffentlichkeit über die wahren Motive des Krieges getäuscht habe. Butt, Lukin und Matthiessen (2004) wollen durch eine Offenlegung verdeckter grammatischer Operationen »the style and ideology of the Bush speech« (ebd.: 272) nachzeichnen.³¹ Oftmals wird zudem auf die Rolle der Medien verwiesen, welche für Bushs »war on terror« die »ideologische Begleitmusik« (Chomsky 2002: 19) lieferten.

Schaut man sich in der Literatur um, welche faktischen Interessen durch die Behauptung einer moralischen Legitimität verdeckt würden, so ist an erster Stelle dasjenige zu nennen, das in der öffentlichen Wahrnehmung den meisten Raum einnahm: das Interesse an den irakischen Ölréserven (vgl. beispielsweise Ehrke 2003; Kleber 2006; Klein 2007; Wood-

Dass ein Ideologieverdacht den christlichen Kirchen gegenüber nicht geäußert wird, liegt wohl in erster Linie daran, dass deren Vertreter nicht derart im öffentlichen Interesse standen wie die für die militärische Entscheidung verantwortlichen Politiker. Generell indes gilt die Religion geradezu als Paradebeispiel einer Ideologie – man denke an die klassischen Ausführungen von Feuerbach (1994) oder Marx (1976).

31 Diese Fokussierung auf das sogenannte »Bushspeak« gilt für die meisten Untersuchungen der in der Irak-Debatte verwendeten Rhetorik (vgl. Kellner 2007; Lazuka 2006; Smith 2005; zur Rhetorik früherer US-Präsidenten die Aufsatzsammlung von Windt/Ingold 1987). Der Beachtung wert sind in diesem Zusammenhang ferner Studien von Michael Schwab-Trapp (1997, 1999, 2002) über den deutschen Legitimationsdiskurs betreffs des Zweiten Golfkrieges im Jahre 1991 sowie des Jugoslawienkrieges einige Jahre später. Studien dieser Art haben in der Form typischer Diskursstrukturen eine Reihe von Erkenntnissen zu Tage gefördert, die weithin akzeptiert sind, wie etwa die Inszenierung moralischer Superiorität, die Diskreditierung alternativer Standpunkte, die Emotionalisierung inhaltlicher Fragen oder auch deren Kurzschließung mit Glaubenssätzen, die Schärfung von Gegensätzen, Krisenmetaphorik, die Verwendung des Freund-Feind-Schemas et cetera. All dies enthält für die in dieser Studie stattfindenden Analysen wertvolle Anregungen, ist aber in keiner Weise geeignet, eine Erklärung der *inhaltlichen* Kontroverse über die Legitimität des Dritten Golfkrieges zu leisten.

ward 2004; besonders ausführlich Shipley 2007).³² Darel E. Paul (2007) wendet sich gegen diese These und sucht alternativ in Gramscis Konzeption des »autonomen Staates« nach einer Erklärung für die Invasion des Irak. Er diagnostiziert eine durch die wirtschaftliche Entwicklung in der Zeit vor dem Irak-Krieg bedingte Schwäche des Kapitals, infolge derer sich die US-Regierung von den »broader social forces« (ebd.: 69) habe loslösen und im Irak ideologische, neokonservative Zielsetzungen verfolgen können. Im Allgemeinen jedoch wird in der Literatur den ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten große Bedeutung eingeräumt (vgl. Foster/Clark 2004; Foster/McChesney 2004; Lapointe/Masson 2004; McLaren/Martin 2004). Manche Autoren fassen hierbei das wirtschaftliche Moment als Teil umfassender imperialer Bestrebungen der US-Regierung (vgl. zum Beispiel Sakellaropoulos/Sotiris 2008; Neaman 2005), während andere vor der Gefahr einer undifferenzierten Verwendung des Imperialismus-Begriffs warnen (so etwa Münkler 2003: 9f.) und wieder andere, wie Michael Walzer (2003), die Anwendung des Begriffs auf die Vereinigten Staaten rundherum ablehnen und stattdessen für den Terminus »Hegemonie« optieren. Eine recht außergewöhnliche Variante des Ideologieverdachts stellt das Buch »Die Israel-Lobby« der beiden Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt (2007) dar, in welchem die These aufgestellt wird, dass die US-Außenpolitik seit geraumer Zeit wesentlich von in den Vereinigten Staaten lebenden Juden beeinflusst werde und demnach weniger den nationalen Interessen der eigenen Nation als vielmehr denjenigen Israels diene.³³

1.3.2 Irrtumsunterstellungen

Vermeintliche Fehleinschätzungen der Faktenlage, aufgrund derer das Urteil über den Krieg getroffen wird, werden in zahlreichen Studien the-

32 »Kein Blut für Öl« lautete das populäre Motto der Anti-Kriegs-Demonstranten dies- und jenseits des Atlantiks.

33 Ebenso in das ideologiekritische Paradigma fällt eine These von Murray Hausknecht, der im militärischen Vorgehen der US-Regierung ein derart tief liegendes ideologisches Prinzip entdeckt, dass er statt von der Verfolgung rationaler Interessen von einem »authoritarian reflex« spricht, definiert als »a maximum use of state power as an immediate, »instinctive« response of a regime or administration to a challenge to its policies« (2007: 14). Da diese These quer liegt zu einigen für diese Studie grundlegenden Rahmensetzungen (vgl. 1.4) und darüber hinaus keinerlei Erklärung anbietet für die Legitimierungsbemühungen des US-Präsidenten, sei sie hier lediglich am Rande erwähnt.